

Kulturen der Ablehnung. Ungleichheiten an der Schnittstelle von Geschlecht, Religion und Migration

Liebe Preisträgerinnen des Edith-Saurer-Fonds, verehrte Laudatoren, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist eine riesengroße Ehre für mich, heute den Einleitungsvortrag halten zu dürfen. Schon als ich begann, mich in meinem Studium mit Geschlechterthemen zu beschäftigen, war Edith Saurer für mich eine der großen Damen der deutschsprachigen Geschlechterforschung. Und zwar einer Geschlechterforschung, die sich *avant la lettre* als intersektional begriff, die soziale Ungleichheit und rassisierte Herrschaft mit patriarchalen Strukturen verknüpft sah. Umso größer war meine Freude, gelegentlich mit Edith Saurer zusammen zu arbeiten als ich an die Uni Wien kam, mit ihr Kontakt zu haben – der sich mitunter wegen der Namensähnlichkeit auch durch fehlgeleitete Post ergab. Sie als Forschungsstipendiatinnen können stolz darauf sein, in der Tradition von Edith Saurer zu stehen.

Was ich neben der wissenschaftlichen Pionierleistung an Edith Saurer bewunderte, war ihre Unerschrockenheit auch in gesellschaftspolitischen Angelegenheiten. Sie hatte eine rigorose geschlechterkritische Perspektive auf historische Ungleichheitsverhältnisse, die ihre Sicht auf die patriarchale und herrschaftsförmige Gegenwart schärfte. Liebe Forschungsstipendiatinnen, es zeichnet **Ihre** Forschung aus, dass Sie im Sinne Edith Saurers wissenschaftlich arbeiten, deshalb wurden ihre Arbeiten für eine Förderung ausgezeichnet.

Ich selbst bin keine Historikerin, sondern Politikwissenschaftlerin, die sich mit aktuellen geschlechterpolitischen Transformationen beschäftigt. Feministisch-wissenschaftlich forschen, heißt für mich zum einen, jene Mechanismen zu verstehen, die zu Ausschluss, zu Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts führen, zum anderen aber auch in diesen Mechanismen Potenziale zu ergründen, die auf eine **Veränderung** hindeuten können.

Ich möchte heute etwas zu den Kulturen der Ablehnung sagen, die sich im vergangenen Jahrzehnt entwickelt haben, in Österreich, doch auch in anderen Ländern und Regionen der Welt. Die Erforschung solcher Ablehnungskulturen ist mir in meiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit ein Anliegen – nicht um einen moralischen Zeigefinger zu erheben,

sondern um zu verstehen, was Entsolidarisierung antreibt. Verstehen, nicht um Verständnis zu zeigen für Ausgrenzung und Herabwürdigung, sondern um Strategien entwickeln zu können, die gesellschaftliche Integration in einem positiven Sinne – gesellschaftliche Integration auch der sogenannten Mehrheitsgesellschaft – wieder ermöglichen.

In einem aktuellen Forschungsprojekt (CURE) untersuchen wir an der Universität Wien in fünf europäischen Ländern die Entstehung und Reproduktion von solchen „Kulturen der Ablehnung“, von Einstellungen, Diskursen und Praxen der Ausgrenzung von als „Andere“ identifizierten und stigmatisierten, in der Regel als nicht zugehörig betrachteten Menschen. **Wer** als solch „Nicht-Zugehörige“ gesehen wird, ist in allen unseren Untersuchungsländern vergleichsweise beliebig, doch in **allen** fünf Ländern sind Migrant_innen und Geflüchtete von Prozessen der Stigmatisierung als Andere betroffen. Die so genannten Willkommenskulturen des Sommers der Migration 2015 haben also ein hässliches Zwillingsgeschwister bekommen, die Kulturen der Ablehnung und Ausgrenzung, der absichtlichen Demütigung. Diese Ablehnungskulturen operieren mit rassistischen und gleichzeitig sexistischen Argumentationsmustern, Bildern und Stereotypen, die Menschen versämlichen, zu einer Gruppe mit unveränderbaren gemeinsamen und abzulehnenden Merkmalen zusammenschließen. Der Islam wurde in den vergangenen Jahren zu einem solchen rassistischen Marker. Der deutsche Soziologe Wilhelm Heitmeyer nennt dies „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, die nicht nur zu rassistischen und autoritären **Einstellungen** führt, wie Heitmeyer für Deutschland zeigen konnte, sondern auch zu gewaltförmigen Übergriffen auf als anders identifizierte Menschen.

Der Salzburger Soziologe Wolfgang Aschauer hat diese menschenfeindlichen Einstellungen gegenüber Muslim_innen erforscht: Die Hälfte der Österreicher_innen sind der Auffassung, dass Muslim_innen in ihrer Religionsausübung eingeschränkt werden sollten, so seine Studie. 50% vertreten also eine Meinung, die dem österreichischen Verfassungsprinzip der Religionsfreiheit und -gleichheit fundamental widerspricht. Diese Haltung ist ein Ausdruck von existierenden Kulturen der Ablehnung.

Verhüllte muslimische Frauen sind ein sichtbares Angriffsziel dieser „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Die NGO ZARA berichtet von steigenden physisch-gewaltförmigen Angriffen auf bedeckte muslimische Frauen in Österreich – sie sind als Frauen sowie als Mitglieder einer nicht-christlichen Religion markiert. Ihnen wird stellvertretend für alle

Muslim_innen feindlich und ablehnend begegnet. Die „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ist also auch frauenfeindlich. In der wissenschaftlichen Diskussion wird diese Mehrfachbetroffenheit von Herrschaftsstrukturen, von Strukturen der Diskriminierung als **Intersektionalität** bezeichnet, als Überschneidung und damit auch als Vervielfachung von Diskriminierungsformen – aufgrund von Geschlecht, Religion und Migration.

Warum werden solche ausschließende intersektionale Argumentationsmuster von so vielen Menschen akzeptiert?

Rassistische und sexistische Kulturen der Ablehnung lassen sich ohne Zweifel **sozial-psychologisch** erklären: Viel ist in jüngster Zeit die Rede von Angst und Verunsicherung – Angst beispielsweise vor Wohlstandsverlust durch Globalisierung. Dies seien Emotionslagen, die in Wut und Hass gegen vermeintlich Andere transformiert werden. Auch Kränkungen durch eine gefühlte Abwertung der eigenen Person oder Position, z.B. als männlicher Familienernährer, wenn die Ehefrau erfolgreich erwerbstätig ist, gelten als solch psychische Verletzungen, die sich auf andere übertragen, dadurch abbauen oder transformieren lassen. Die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Wendy Brown bezeichnet daher die Anhänger der „Alt-right Bewegung“ als „verletzte weiße Männer“. Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule hat bereits in den 1930er Jahren über eine bloß individualistisch-psychische Perspektive hinausgehend auf die **gesellschaftlichen** Ursachen von Ressentiments aufmerksam gemacht. Sie hat zudem zeigen können, dass diese Gefühle der Angst und Kränkung oftmals verknüpft sind mit Lust – beispielsweise mit Lust an der Herabwürdigung und Erniedrigung anderer. Darauf weist jüngst auch Eric Fassin hin. Theodor W. Adorno bezeichnete diese Mischung als „autoritären Charakter“ – den er als eine Bedingung des Nationalsozialismus betrachtete.

Ich möchte daran anschließend zwei weitere Erklärungsargumentationen vorstellen. Die **erste** Argumentationsfigur sieht Kulturen der Ablehnung als Ergebnis ökonomischer und sozialer Veränderungen: Der neoliberale Umbau europäischer Marktwirtschaften, die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, der Abbau sozialer Sicherungen, die Forderung nach Wettbewerb, ja Wettkampf im Berufs-, aber auch Alltagsleben führten, so dieses Erklärungsnarrativ, zu Verängstlichung und Verunsicherung, zum Gefühl des Verlusts der Kontrolle über das eigene Leben, den eigenen Alltag und die Arbeit. Auch die Modernisierung von

Geschlechterverhältnissen, die gestiegene Selbstständigkeit von Frauen empfinden manche Männer als verunsichernd. Rechtspopulistische Parteien versprechen nun, mit exklusiven Solidaritäts- und Sicherheitsversprechen dies zu kompensieren: Solidarität und Sicherheit, Arbeit und Wohnungen beispielsweise sollen nur oder vorzugsweise Österreicher_innen, nicht aber Geflüchteten und Migrant_innen zur Verfügung stehen. Auch die Rückkehr zu traditionellen hierarchischen Geschlechterverhältnissen als sichere Orte der weiblichen Unter- und männlichen Überordnung werden von Rechtspopulist_innen als Heilmittel gegen Verunsicherung propagiert. Solche Geschlechterstereotypen bilden auch den Boden für Ablehnungskulturen.

Die **zweite Erklärung** steht einem **Automatismus** zwischen ökonomischer und sozialer Prekarisierung und ausgrenzend-ablehnenden Einstellungen skeptisch gegenüber. Heitmeyer spricht z.B. von „roher Bürgerlichkeit“, um deutlich zu machen, dass es **nicht** die Globalisierungsverlierer am unteren Ende der Wohlstandsskala sind, die besonders ausgrenzend und abschätzig handeln, sondern vielmehr jene aus der bürgerlichen Mitte. Ich bin zudem der Überzeugung, dass alle Kulturen der Ablehnung politische und soziale **Mobilisierung** brauchen. Und diese ausgrenzende Mobilisierung gegenüber Muslim_innen erleben wir in Österreich seit etwa 20 Jahren durch die FPÖ. Dies möchte ich kurz deutlich machen: In einem EU-Forschungsprojekt (VEIL) untersuchten wir in der Mitte der Nullerjahre in 8 europäischen Ländern die öffentlichen Debatten um muslimische Körperverhüllungen. Österreich war ein Sonderfall in Europa. Im Unterschied zu Frankreich, das nach der Türkei als erstes westeuropäisches Land 2004 ein Kopftuchverbot für Schülerinnen einführte, oder anders als Deutschland, das Lehrerinnen das Kopftuchtragen verbot, war Österreich tolerant gegenüber muslimischer Körperverhüllung. Weder von uns interviewte ÖVP- und SPÖ-Vertreter_innen, noch die Medien forderten bis zum Ende der Nullerjahre eine Kopftuchregulierung und schon gar kein Verbot. Das Verfassungsgebot der Religionsfreiheit wurde als ausreichende Regulierung betrachtet.

Allein die FPÖ hatte im Rahmen ihrer migrationsfeindlichen Mobilisierung das Kopftuchthema als ideales Symbol zur Ausgrenzung von Migrant_innen entdeckt. Im Zuge ihrer „Neuerfindung“ als rechtspopulistische Partei, die Jörg Haider initiiert hatte, hat die FPÖ vor allem zwei antagonistische, populistische Kommunikationsstrategien stark gemacht: **erstens** die Positionierung eines „Wir“ gegen die da oben, gegen die politische Elite, und **zweitens** die Positionierung des Wir, des Volks gegen „die Anderen“, in erster Linie gegen

Migrant_innen. Unter der Führung von Heinz-Christian Strache verschärfte die FPÖ diesen migrationsfeindlichen Kurs und richtete ihn vor allem gegen Muslime: „Daham statt Islam“ oder „Mehr Mut für unser Wiener Blut“ waren zwei der ausgrenzenden und rassistischen Reime der FPÖ-Parteipoeten. Diese generell anti-Muslimische Strategie der FPÖ, also das aktive Schüren von Ressentiments fand im Geschlechterthema seinen Höhepunkt: Der Wahlslogan „Freie Frauen statt Kopftuchzwang“ machte die Instrumentalisierung des Geschlechterthemas deutlich: Religiöse verhüllte Frauen werden sämtlich als unter Zwang stehend gesehen. Auch wenn die FPÖ selbst traditionelle Frauen- und Männerbilder vertritt, wird die Freiheit der österreichischen Frauen hervorgehoben. In der wissenschaftlichen Literatur wird diese Argumentation als „Femonationalismus“ bezeichnet – also als Betonung der Gleichstellungsorientierung der eigenen Nation mit dem Ziel der Abwertung von Migrant_innen.

In den vergangenen 15 Jahren ist es der FPÖ mit dieser Strategie gelungen, die Verängstigungen und Bedrohungen, die manche aufgrund des neoliberalen Gesellschaftsumbaus erfuhren oder befürchteten, in Ablehnung von Muslim_innen umzudeuten. Die Geschlechterthematik diente der FPÖ als ein Vehikel, um diese Ablehnung sichtbar zu machen und der Wut einen Adressaten zu geben.

Die anti-Muslimische Mobilisierung mit dem Thema Geschlecht war in Österreich allerdings nicht sofort erfolgreich. Erst im Jahr 2017 wurde ein Gesetz zum Ganzkörperverhüllungsverbot verabschiedet und im Jahr 2018 das Kopftuchverbot für Schülerinnen bis zum 10. Lebensjahr an Volksschulen im Schulunterrichtsgesetz verankert. Heute ist ein Verhüllungsverbot für Schülerinnen bis 14 Jahre im türkis-grünen Regierungsprogramm festgelegt – und kaum ist die Druckerschwärze des Regierungsprogramms getrocknet, wird dieses Verbot schon weiter ausgedehnt – es soll auch ein Verhüllungsverbot für Lehrerinnen geben. Bisher vorliegende wissenschaftliche Forschungsergebnisse zeigen aber, dass aus einer Migrations- und Gleichstellungsperspektive solche Verbote im Kampf gegen Islamismus und in ihren Effekten für betroffene Frauen fragwürdig, dass sie aber für die Entstehung von Ablehnungskulturen zentrale Motoren sind. Kurzum: Wenn das Ziel von Migrationspolitik das friedvolle Zusammenleben ist, wenn das Ziel von Gleichstellungspolitik die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens für Frauen ist, dann sind Verbote kontraproduktiv. Vielmehr braucht es Maßnahmen, damit Mädchen und Frauen ermächtigt werden, ein gutes Leben zu führen. Dies kann für muslimische Frauen

bedeuten, dass sie die Freiheit haben, sich zu **verhüllen**, dass sie aber auch die Möglichkeit erhalten, sich (irgendwann) **nicht mehr** zu verhüllen.

Was kann Ablehnungskulturen entgegengesetzt werden? Wie kann ihnen die gesellschaftliche und ökonomische Grundlage entzogen werden? Zum einen muss der neoliberalen, marktgetriebenen Wettbewerbsorientierung ein Ende gesetzt werden. Zum anderen muss der Sorge in unseren Gesellschaften ein größerer Stellenwert eingeräumt werden, nämlich als notwendige gesellschaftliche Tätigkeit. Dementsprechend sollte die Erwerbsarbeitszentrierung relativiert werden, sodass Sorgearbeit nicht als Verlust von Männlichkeit interpretiert werden kann, wie dies im rechtspopulistischen Diskursfeld behauptet wird. Sorgearbeit muss als Tätigkeit etabliert werden, auf die man stolz sein kann. Eine solche „sorgsame Politik“ kann es der Mehrheitsbevölkerung in der Einwanderungsgesellschaft ermöglichen, sich mit einer als fremd wahrgenommenen Religion auseinander zu setzen, die eigenen Ängste zu reflektieren. Darüber hinaus muss Vertrauen in die eigene Stimme und die Chance der demokratischen Durchsetzung der eigenen Interessen gesteigert werden. Dies eröffnet eine – wenn auch möglicherweise noch vage klingende – Perspektive auf den Abbau von Ungleichheit und die Beseitigung von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Religion, Migration und Klasse.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und herzlichen Glückwunsch an die Stipendiatinnen.

Erwähnte Literatur:

Adorno, Theodor W. 1973 (1950): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Brown, Wendy (2018): Neoliberalism's Frankenstein: Authoritarian Freedom in Twenty-First Century 'Democracies', in: Critical Times, Vol. 1., No. 1, S. 60-79.

Fassin, Eric (2019): Revolte oder Ressentiment. Über den Populismus, Berlin: August Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Berlin: Suhrkamp.

Erwähnte Projekte:

CURE – Cultures of Rejection (Kulturen der Ablehnung): <https://www.bim.hu-berlin.de/en/projects/2019/01/01/2021/12/31/cultures-of-rejection-conditions-of-acceptability-in-socio-spatial-and-digital-environments-in-contemporary-europe-cure/>

VEIL (Values and Equality in Liberal Democracies): Rosenberger, Sieglinde/Sauer, Birgit (Hg.) (2011): Politics, Religion and Gender. Framing and regulating the veil, London/New York: Routledge.